

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten im Oberösterreichischen Landtag
betreffend
Maßnahmen zur finanziellen und sozialen Absicherung von Ein-Personen-
UnternehmerInnen und KleinstunternehmerInnen**

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, schnellstmöglich auf Maßnahmen zur finanziellen und sozialen Absicherung von EPU's und KleinstunternehmerInnen hinzuwirken und ein Förderprogramm für Digitalisierungs- und Ökologierungsmaßnahmen in EPU's und KMU's zu erarbeiten.

Begründung

Mehr als 60 Prozent der Selbständigen sind als Ein-Personen-Unternehmen eingetragen. Das sind in Österreich rund 320.000 Personen, die durch die aktuellen Rahmenbedingungen der Sozialversicherungs- und Finanzgesetzgebung ein mitunter erschwertes Umfeld vorfinden müssen. Gerade die Benachteiligungen durch die Sozialversicherung für Selbständige wie die hohen Mindestbeitragsgrundlagen zur Kranken- und Pensionsversicherung, der Selbstbehalt zur Krankenversicherung oder die ungünstigen Regelungen zur Auszahlung des Krankengeldes sind hohe Hürden für einen Einstieg in die Selbstständigkeit aber auch treibende Kräfte in Richtung Insolvenz von EPU's. Hier kann mit schnellen Maßnahmen eine finanzielle und soziale Absicherung ein wichtiger Beitrag auch für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit geleistet werden.

Mit 99,6 Prozent aller Unternehmen sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU) der zentrale Pfeiler der Österreichischen Wirtschaft mit ihren rund 2 Millionen Beschäftigten. Auf die schnelllebigen Veränderungen unserer Zeit zu reagieren, stellt gerade kleinere Unternehmen immer mehr vor große Herausforderungen. Auf einen Strukturwandel, demographische Veränderungen aber auch technische Innovationen können sich KMU's aufgrund fehlender oder nicht ausreichender Ressourcen viel schwerer ein- und umstellen als große

Unternehmungen und Industriebetriebe. Vor allem Handwerks-, Gastronomie- und Handelsbetriebe in strukturschwächeren ländlichen Regionen brauchen mehr Unterstützung für die Herausforderungen der Zukunft. Es braucht gezielte Förderprogramme und Initiativen, um die Digitalisierung auch in den kleinen und mittelständischen Betrieben vorantreiben zu können.

Linz, am 3. März 2020

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Schwarz, Hirz, Mayr, Böker, Bors

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stanek, Langer-Weninger, Hattmannsdorfer

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Makor, Weichsler-Hauer